

”

Der Verlust an Vertrauen ist flächendeckend“

**Bundestagspräsident NORBERT LAMMERT
über Transparenz in der Demokratie und warum
Politik nicht zur Sinnstiftung taugt**

Interview **ANDREAS HOIDN-
BORCHERS, AXEL VORNBÄUMEN**
Fotos **MICHAEL TRIPPEL**

Herr Lammert, wäre die Kanzlerin heute besser dran, wenn Sie vor eineinhalb Jahren nicht Christian Wulff, sondern Sie als Bundespräsidenten vorgeschlagen hätte?

Nein! Ich hätte es auch nicht gewollt. Und da Sie ohnehin danach fragen werden: Ich will es auch jetzt nicht und bin froh, dass sich die Frage gar nicht stellt.

Weil der Präsident sich selbst begnadigt hat, statt zurückzutreten?

Wenn der Präsident zu der Entscheidung gekommen wäre, zurücktreten zu müssen oder zu wollen, dann wäre es nach dem Fortgang von Horst Köhler der zweite Rücktritt eines Bundespräsidenten innerhalb von nicht einmal zwei Jahren gewesen. Das wäre für das Amt und seine Autorität nicht folgenlos geblieben.

Wir stellen fest: Norbert Lammert ist es egal, wer unter ihm Bundespräsident ist.

Das ist doch offensichtlich Unsinn! Weder halte ich das Amt für bedeutungslos noch für irrelevant, wer es bekleidet. Im Gegenteil.

Haben Sie eigentlich schon mal wutentbrannt einen Chefredakteur oder Vorstandschef angerufen?

Ich habe in der Tat 2006 nach einer zehntägigen Kampagne der

„Bild“ wegen meines unbotmäßigen Widerstandes gegen die Erwartung des Blattes ...

... die Altersversorgung der Abgeordneten radikal zu kürzen ...

... einige Zeit später ein Gespräch mit dem Chefredakteur geführt. Das war „gewaltfrei“, korrekt in der Form und streitig in der Sache und hat uns wechselseitig den Eindruck bestätigt, dass wir eine grundverschiedene Auffassung haben.

Macht man das als Bundespräsident: einem Chefredakteur auf die Mailbox zu sprechen und mit „Krieg“ zu drohen?

Da der Bundespräsident sich dazu unmissverständlich geäußert hat, bedarf dies keiner weiteren Kommentierung.

Was für ein Staatsverständnis steht hinter solchen Anrufen?

Mein Eindruck ist, dass dahinter eher ein hohes Maß an persönlicher Verletztheit steht, das ich nachvollziehen kann, das aber nicht zu dieser Reaktion hätte führen dürfen.

Christian Wulff oder das Amt – wer oder was ist stärker beschädigt?

Die wochenlange Auseinandersetzung hat sicherlich nicht nur den Amtsinhaber persönlich strapaziert, sondern leider wohl auch das Amt. Und über diesen Effekt kann niemand glücklich sein.

Befinden wir uns in einer Krise?

Noch mal: Die Situation ist weder für den Amtsinhaber noch für das

Amt banal. Aber sie ist keine Staatskrise. Die Verfassungsorgane funktionieren offenkundig auch in einer Krisensituation unangefochten. Dass die zweite deutsche Demokratie sehr viel robuster ist als der erste früh gescheiterte Versuch der Weimarer Republik, dafür ist nun allerdings auch die jüngere Erfahrung ein ermutigender Beleg.

Sie haben kurz vor Jahreswechsel die Medien kritisiert. Die seien „offensichtlich nicht nur an Aufklärung“ interessiert. Was genau meinten Sie damit?

Die wesentlichen Erläuterungen dazu finden Sie im *stern*, in der Kolumne von Hans-Ulrich Jörges, der in viel heftigerer Weise genau diesen Vorwurf der „Grenzüberschreitungen und Verzerrungen“ erhoben hat, „die den Atem stocken lassen“. Und er hat von Gerüchten geschrieben und festgehalten: „Nicht nur Aufklärung wird als Motiv erkennbar.“ Diesen Eindruck haben außer mir offensichtlich auch andere gewonnen. **Sind die Medien also zu kleinkariert und beckmesserisch?**

Die Medien sind es nicht prinzipiell. Aber dass es einen Überbietungswettbewerb gibt, wer früher, schneller, spektakulärer mit einer Vermutung auf dem immer heftiger umkämpften Medienmarkt aufmarschieren kann, das konnte man in diesen letzten Wochen

nicht zum ersten Mal, aber in einer besonders deutlichen Weise beobachten.

Wie viel Offenheit verträgt eine demokratische Gesellschaft?

Es gibt keine Demokratie ohne Transparenz und Kontrolle. Aber Demokratie ist mehr als der Anspruch auf Transparenz. Ohne kritische Beobachtung geht es nicht, aber ein auf Dauer gesetztes Misstrauen zerstört nicht nur jede persönliche Beziehung, sondern macht auch die Wahrnehmung öffentlicher Mandate unmöglich.

Gilt der Satz: Es gibt eine besondere Vorbildfunktion für Politiker, und je höher das Amt ist, desto vorbildlicher muss der Inhaber sein?

Natürlich gilt das.

Es gibt andere Maßstäbe an Sie oder den Bundespräsidenten als an einen Hinterbänkler?

Rechtlich sicher nicht. Aber dass die Erwartungen faktisch unterschiedlich sind, lässt sich schwerlich bestreiten. Es ist auch nicht prinzipiell unangemessen. Es muss aber in einem nachvollziehbaren, auch menschengerechten Maß bleiben.

Gibt es Dinge, die Sie sich versagen? Versagen müssen?

Natürlich, es gibt viele Dinge. Allein das Bewusstsein, außerhalb der eigenen vier Wände als öffentliche Person wahrgenommen zu werden, hat Einfluss auf die Frage, ob man überhaupt und wann in welches Kino geht – beispielsweise.

Es gibt Filme, die Sie sich nur auf DVD ansehen.

Die, die Sie meinen, würde ich mir auch auf DVD nicht angucken.

Die meinten wir gar nicht... Müssen Politiker sich mehr bieten lassen als andere?

Ja, sicher müssen sie das. Aber sie müssen sich auch nicht alles bie-

ten lassen. Noch mal: Die Vorstellung, ein politisches System sei dann perfekt, wenn die Amtsinhaber nur noch Rollenträger, aber keine lebendigen Menschen mehr sind und im Übrigen alles offen und transparent sei, diese Vorstellung halte ich für absurd.

Wo ist für Sie die Grenze?

Die lässt sich nicht abstrakt und ein für allemal definieren.

Wäre es für Sie eine Zumutung, wenn Journalisten recherchieren würden, wo Sie Urlaub machen?

Subjektiv ja. Aber man hat sich im Lauf der Zeit auch ein vergleichsweise dickes Fell zugelegt und empfindet manches, was jeder Bürger als Zumutung empfinden und im Übrigen auch ausdrücklich zurückweisen würde, inzwischen als beinahe unvermeidlich.

Das ist der Preis, den Sie zahlen müssen?

Die weitverbreitete Neigung, Inhaber von Spitzenämtern überhaupt nicht mehr privat sein zu lassen, empfinde ich allerdings als Zumutung. Und ich empfinde sie als zusätzliche Hürde für die notwendige Bereitschaft geeigneter Persönlichkeiten, sich für die Ausübung solcher Ämter überhaupt zur Verfügung zu stellen.

Warum gibt es eigentlich von Norbert Lammert und seiner Frau und seinen Kindern nicht so schöne bunte Bilder, wie wir sie von anderen Politikern kennen?

Der Unterschied mag auffällig sein. Belassen wir es dabei.

Wir stellen fest: Man kann in der deutschen Medienlandschaft politisch Karriere machen, ohne sein Privatleben oder einen Anschein davon zu inszenieren. War es früher besser?

Ich bin vielleicht der lebende Gegenbeweis dafür, dass man

nicht in allen Talkshows auftreten muss, um öffentlich wahrgenommen zu werden und politisch stattzufinden. Und auch die Parole Gerhard Schröders, es komme nur auf „Bild“ und Glotze an, kann nicht die ganze Wahrheit sein, denn weder bei der „Bild“ noch in der Glotze komme ich in mehr als unvermeidlicher Weise vor.

Bei der Bundesversammlung, auf der Christian Wulff gewählt wurde, haben Sie fast ein Plädoyer für die Monarchie gehalten. Wäre es nicht langsam Zeit, darüber auch für Deutschland nachzudenken?

Nein, wäre es nicht. Ich habe in der Bundesversammlung im Übrigen auf einen spontanen Zwischenruf ebenso spontan mit einer ironischen Bemerkung reagiert. Mich hat aber schon als junger Student der Sozialwissenschaften eine Bemerkung von Max Weber sehr beeindruckt. Weber begründete den Vorzug von konstitutionellen Monarchien damit, dass die integrierende Funktion des Staatsoberhauptes dem Wettbewerb um politische Ämter entzogen sei. Ich hielte es deshalb für klüger, man würde den Präsidenten nur für eine einmalige Amtszeit wählen, möglicherweise für sieben Jahre. Das würde ihn von jeglichem Verdacht befreien, dass er sich mit bestimmten Äußerungen oder Handlungen um seine Wiederwahl bemüht.

Auch wieder über die Bundesversammlung oder in einer Direktwahl?

Auf jeden Fall über die Bundesversammlung. Würde man den Bundespräsidenten direkt wählen, würde man die Architektur unseres politischen Systems grundlegend verändern. Es ist schlichtweg treuherzig anzunehmen, man

könnte den Kanzler wie bisher indirekt, den Präsidenten aber direkt wählen und gleichzeitig die Kompetenzverteilung so belassen, wie sie das Grundgesetz vorsieht. **Sie haben im vergangenen Herbst vom „besorgniserregenden Vertrauensverlust der politischen Klasse“ gesprochen. Hat sich dieser Verfall beschleunigt?**

Das will ich nicht hoffen, zumal ich ohne Neigung zur Selbstberuhigung immer wieder hinzufügen muss, dass wir einen solchen massiven Vertrauensverlust ja leider flächendeckend haben. Er betrifft im Übrigen auch die Medien. Er betrifft die Kirchen, die Schulen, die Gewerkschaften, ja selbst den Sport. Von Wirtschaft und Banken gar nicht zu reden.

Wo suchen Sie persönlich nach moralischen Instanzen?

Am besten wäre, jeder würde auf der Suche morgens zu Hause im Spiegel beginnen. Jedenfalls kann es nicht die Lösung sein, jenseits

der eigenen Person und der sich selbst zugedachten Großzügigkeit nach moralischen Standards zu suchen, die man für den eigenen Bereich durchaus für dispositionsfähig hält.

Wem vertraut Norbert Lammert noch?

Ich bin kein resignativer Mensch, davon halten mich auch die gelegentlichen unerfreulichen Beobachtungen, die ich mache, nicht ab. Ich finde in der Politik, der Wirtschaft, den Kirchen und auch in den Medien beeindruckende und weniger beeindruckende Persönlichkeiten. Und natürlich orientiere ich mich lieber an den Ersteren. Das macht mir das Leben leichter. Ich glaube und ich wünsche übrigens nicht, dass es *die* eine Instanz gibt, die mit der Rundumzuständigkeit für alles und jedes die Standards setzt und durchsetzt.

Früher haben sich die Linken für die besseren Menschen gehalten, die

Konservativen für die anständigeren. Stimmt das noch so?

Das hat auch früher nicht gestimmt. Wenn uns aber jüngere Erfahrungen Anlass geben, uns von solchen wohlfeilen Pauschalisierungen abzubringen, dann wäre das ja ein kleiner Geländegewinn. **Gerät in der bürgerlichen Welt nicht etwas ins Rutschen – nicht zuletzt durch den tiefen Fall Guttenbergs?**

Karl-Theodor zu Guttenberg muss mit sich und seiner Partei klären, ob eine Rückkehr in die Politik stattfinden soll und kann. Am Ende entscheiden darüber die Wähler. Auch im Fall Guttenberg gibt es aber eine besondere Scheinheiligkeit. Die diffuse Internetcommunity will nämlich mit Urheberrechten nichts zu tun haben. Und die, die sich dafür besonders interessieren, behandeln es mit geradezu missionarischem Anspruch, dass der Nutzung des Netzes keinerlei Einschränkungen im Wege stehen dürfen – auch nicht geistige Eigentumsrechte. Und die gleiche Community empfindet wiederum Guttenbergs sehr freien Umgang damit als eine inakzeptable Charakterschwäche.

Wer ist in der CDU derzeit für Sinnstiftung zuständig?

Früher ist es allen Parteien leichter gefallen, ein in sich selbst konsistentes, gegenüber den konkurrierenden Parteien abgrenzendes Selbstverständnis zu formulieren. Heute hätten alle mit den knackigen Profilen der 50er und 60er Jahre ihre Schwierigkeiten, überhaupt gewählt zu werden. Und der unangefochten auf allen Altären der Politik thronende Konrad Adenauer würde heute vermutlich schwerlich Ortsvorsitzender der CDU-Rhöndorf, geschweige denn Bundeskanzler.

Vermissen Sie Sinnstiftung in der Politik?

Nein. Weil ich die Erwartung, Politik könne oder solle oder müsse Sinn stiften, für eine Überhöhung

und Überforderung halte. Dass heute ein zunehmender Kreis von Menschen die Sinnstiftung eher von der Politik als von der Religion erwartet, schon gar nicht von den Kirchen als Institution, ist ja ein bemerkenswerter Befund zur Beschreibung gesellschaftlicher Veränderungen. Politik muss immer komplexer werdende Zusammenhänge erläutern – da leistet Politik nicht genug. Die Befürchtung ist aber unbegründet, es gäbe keine Chance, schwierige Sachverhalte zu erklären.

Schade, dass die Kanzlerin ausgerechnet da so große Defizite hat.

Wenn die Kanzlerin außer dem riesigen Vorzug, dass ihr eigentlich niemand ein besonderes Maß an persönlicher Eitelkeit, an besonderem persönlichen Geltungsbedürfnis oder auch an überentwickeltem Machttrieb vorhält, auch noch die Gabe einer überragenden Fähigkeit zur Erläuterung komplizierter Sachverhalte hätte, wären wir ja von einer konstitutionellen Monarchie nicht mehr weit entfernt: Sie wäre über Wahlen kaum mehr aus dem Amt zu heben.

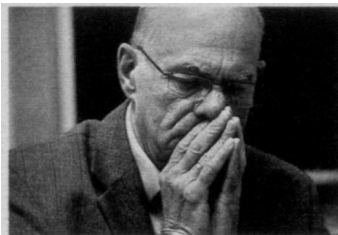
Hat der Parlamentarismus im vergangenen Jahr immer eine gute Figur gemacht?

Nicht immer. Aber man muss sich nur den Zustand unseres Landes im Vergleich zu dem unserer Nachbarländer betrachten. Da verbietet sich doch schon die unfreundliche Schlussfolgerung, dass die Politik in Deutschland regelmäßig keine gute Figur macht.

Wenn Sie einen Wunsch frei hätten für eine große Rede in diesem Jahr: Wer sollte sie zu welchem Thema halten?

Große Reden werden nicht angekündigt und lassen sich auch nicht programmieren. Sie brauchen ihren Anlass. Und sie brauchen jemanden, der diesem Anlass gerecht wird. Am schönsten ist, wenn es keinen Bedarf für große Reden gibt.





Lammert mit den *stern*-Redakteuren
Andreas Hoidn-Borchers (l.) und
Axel Vornbäumen